

Kempten ermittelt

Wehrmachtsdeserteure warnen vor Irrweg

Von Eckhard Stengel

Ehemalige Wehrmachtsdeserteure haben dagegen protestiert, dass der Bundesrat grünes Licht gegeben hat für eine zentrale Strafverfolgungsstelle für Auslandsstraftaten deutscher Soldaten. Mit diesem besonderen Gerichtsstand in Kempten möchte die Bundesregierung unklare Zuständigkeiten regeln und Kompetenzen bündeln, wenn es während Bundeswehr-Auslandseinsätzen zu Straftaten kommt.

Nach der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes im Bundestag hätte die Länderkammer am Freitag den Vermittlungsausschuss anrufen können. Das befürworteten aber nur Bremen und Brandenburg. Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz sprach deshalb von einem „schwarzen Tag für die deutsche Justiz“. Zur Begründung zitierte

sie aus einer Erklärung der beiden unterlegenen Länder: Die NS-Militärjustiz habe mit rechtsstaatlichen Grundsätzen gebrochen und sollte „Mahnung genug sein, von jeder Art Sonderregelung auf diesem Gebiet Abstand zu nehmen“. Die Bundeswehr sei kein Staat im Staate. Nach den Worten der Deserteursvereinigung hat der Bundesrat die Bedenken juristischer Fachverbände, gravierende Einwände während einer Bundestagsanhörung und die Kritik aller Oppositionsparteien vom Tisch gewischt.

Die Vereinigung der Militärjustizopfer, die von dem 90-jährigen Bremer Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann geleitet wird, wurde dadurch bundesweit bekannt, dass sie jahrelang und letztlich erfolgreich für die Rehabilitation Tausender verurteilter Wehrmachtsdeserteure und „Wehrkraftzersetzer“ gestritten hat.